

# Extremismus mit Auslandsbezug

## 5.1 Mitglieder-Potenzial

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Bundesrepublik Deutschland	2017	2018
Extrem nationalistische Gruppen	11.500	11.500
PKK	14.500	14.500
Sonstige linksextremistische Gruppen	4.550	4.550
Summe	30.550	30.550

  

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Niedersachsen	2017	2018
Extrem nationalistische Gruppen	700	700
PKK	1.600	1.600
Sonstige linksextremistische Gruppen	200	200
Summe	2.500	2.500

## 5.2 Einführung

Unter der Bezeichnung „Extremismus mit Auslandsbezug“ werden in Niedersachsen alle weiteren Erscheinungsformen des Extremismus zusammengefasst, die einen starken Bezug zum Ausland aufweisen, ohne im Zusammenhang mit islamistischen Ideologien zu stehen. Der Extremismus mit Auslandsbezug ist geprägt von einer Vielzahl von Gruppierungen unterschiedlicher Organisationsstruktur und Größe. Im Unterschied zum Islamismus liegt die Zielsetzung dieser Gruppen überwiegend in der Durchsetzung linksextremistischer, separatistischer oder nationalistischer bzw. rassistischer Vorstellungen, die regelmäßig auf radikale Veränderungen der politischen Verhältnisse in den Heimatregionen abzielen. Die Situation im Herkunftsland ist dabei richtungweisend für die Intensität des Auftretens und auch das Militanzniveau in Deutschland. Türkische und kurdische Gruppierungen bilden in Niedersachsen den Schwerpunkt der Beobachtung.

Die in Deutschland agierenden Gruppierungen werden i. d. R. durch politisch-strategische Vorgaben aus dem Heimatland gesteuert. Deutschland wird dabei in erster Linie als sicherer Rückzugsraum betrachtet, in dem Geld gesammelt, rekrutiert, mobilisiert und propagiert werden kann und von dem aus gewaltsame Aktionen im eigentlichen Bezugsland vorbereitet werden können. Vereinzelt ist auch mit gewalttätigen Aktionen in Deutschland zu rechnen. Die Propaganda für die jeweilige politische Vorstellung und Mobilisierungsaktionen etwa für Demonstrationen gehen dabei Hand in Hand und werden zunehmend über das Internet verbreitet. Soziale Netzwerke und Messenger-Apps dienen darüber hinaus der Gewinnung neuer Sympathisanten und Mitglieder.

Auch Konflikte zwischen den rivalisierenden Gruppierungen treten in Deutschland auf und werden sowohl durch Propaganda als auch durch Gewaltanwendung sichtbar.

Nach den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder fallen unter Extremismus mit Auslandsbezug daher nichtislamistische, aber extremistische Aktivitäten von Personen, wenn

- in Deutschland entsprechende politische Auseinandersetzungen mit Gewalt ausgetragen werden und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet wird,
- diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
- vom Bundesgebiet ausgehende Gewaltaktionen in anderen Staaten durchgeführt oder vorbereitet und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährdet werden oder
- Bestrebungen verfolgt werden, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

## 5.3 Aktuelle Entwicklungen im Extremismus mit Auslandsbezug

Der Extremismus mit Auslandsbezug in Niedersachsen wurde auch im Jahr 2018 durch die Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) dominiert. Die Hoffnung der PKK auf Streichung von der EU-Terrorliste und eine Aufhebung des Betätigungsverbots in Deutschland aufgrund ihres Einsatzes für die Anti-IS-Koalition in Syrien und im Irak ist mit der Eskalation in der Türkei und Nordsyrien geschwunden.

Große Empörung und damit auch Mobilisierung löste das militärische Vorgehen der Türkei in der nordsyrischen und überwiegend kurdisch besiedelten Region Afrin („Operation Olivenzweig“) aus. Als Reaktion auf das Vorgehen der Türkei in der Region Afrin fanden deutschlandweit ab dem 20. bzw. 21.01.2018 nahezu täglich Kundgebungen statt. Bis Ende Mai 2018 wurden über 1.300, in Niedersachsen annähernd 170 Veranstaltungen durchgeführt. Neben den Protestkundgebungen wurden auch militante Aktionen gegen türkische und deutsche Einrichtungen verübt.

Zum Ende des Jahres 2018 kündigte der türkische Staatspräsident Erdoğan eine weitere Offensive des türkischen Militärs gegen die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG)<sup>129</sup> an. Spätestens mit Beginn der angekündigten Militäroffensive wird auch in Deutschland, wie bereits zu Beginn des Jahres 2018, mit einer erneuten Protestwelle seitens der PKK-Anhänger zu rechnen sein.

Die Politik des türkischen Präsidenten Erdoğan emotionalisiert vor allem die PKK-Jugend, die den Protest in die deutsche Öffentlichkeit trägt.

Neben der PKK unterliegen weitere extremistische Organisationen u. a. mit Türkeibezug der Beobachtung durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz.

So tritt die türkisch nationalistische „Ülkücü“ (Idealisten-) Bewegung mit einer nach westeuropäischem Rechtsverständnis rassistischen Ideologie als absoluter Gegenpol zu den von „Ülkücü“ als

<sup>129</sup> Bei der YPG handelt es sich um den militärischen Arm der syrischen PKK-Schwesterorganisation „Partei der Demokratischen Union“ PYD.

separatistisch empfundenen ethnischen Minderheiten in der Türkei auch in Deutschland in Erscheinung.

Der größte „Ülkücü“-Dachverband in Deutschland ist die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ (ADÜTDF, „Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“), die als Auslandsvertretung der extrem nationalistischen türkischen MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“) zu sehen ist.

Auch wenn sich die ADÜTDF in der Außendarstellung um ein gesetzeskonformes Verhalten bemüht und Integrationswillen vorgibt, ist sie Träger und Verbreiter einer Ideologie türkischer Überlegenheit. Das von ihr vertretene Weltbild verstößt gegen den im Grundgesetz verankerten Schutz der Menschenwürde sowie den Gleichheitsgrundsatz. Aktive Vereine der ADÜTDF sind in Braunschweig, Hannover, Osnabrück und Salzgitter bekannt.

Die Ideologie der „Ülkücü“-Bewegung ist auch in den nicht organisierten Bereichen der türkischstämmigen Bevölkerung präsent, zunehmend bei jugendlichen Anhängern über die sozialen Medien. In dem Empfinden einer ständigen Bedrohung der Türkei wird allen möglichen Gruppen, vor allem auch den Juden, die Zusammenarbeit mit den Feinden der Türkei vorgeworfen.

Trotz wachsender Spannungen zwischen Anhängern der „Ülkücü“-Bewegung und PKK-Anhängern waren 2018 keine erheblichen Eskalationen in Deutschland zu verzeichnen. Aufgrund der emotionalisierten Lage im Zusammenhang mit dem militärischen Vorgehen der Türkei in der Region Afrin gab es zwischen diesen zwei Gruppierungen einige verbale und in Einzelfällen auch handgreifliche Auseinandersetzungen.

Inwieweit sich die Spannungen zwischen Anhängern der „Ülkücü“-Bewegung und PKK-Anhängern verstärken können, hängt in erster Linie von den Entwicklungen in der Türkei und in den kurdisch besiedelten Gebieten in Nordsyrien und dem Nordirak ab.

Nationalistische/rechtsextremistische Türken haben als Folge des Putschversuchs in der Türkei am 15.07.2016 stärker das staatlich vorgegebene Feindbild „Gülen-Bewegung“ angenommen.

Die linksextremistische Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (Devrimci Halk Kurtulus Tartisi Cephesi, DHKP-C) kämpft für die pro-



letarische Revolution und die Umwandlung des türkischen Staates in eine marxistisch-leninistische Diktatur. Bei Attentaten, die seit Gründung der DHKP-C (1994) begangen wurden, kamen nach Angaben türkischer Stellen über 200 Menschen ums Leben. In Deutschland wurde die DHKP-C 1998 verboten, seit 2002 wird sie von der Europäischen Union als terroristische Vereinigung gelistet. Trotz des Verbots agiert die DHKP-C in Deutschland und nutzt die Popularität der Musikgruppe „Grup Yorum“, um ihre Anhängerinnen und Anhänger zu mobilisieren und ideologisch im Sinne der DHKP-C zu indoktrinieren. Am 27.01.2018 fand in Hildesheim ein Konzert der „Grup Yorum“ vor etwa 500 Zuschauenden statt.

Ebenfalls aktiv sind die türkische Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (Marksist Leninist Komünist Partisi, MLKP) sowie die Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten (Türkiye Komünist Partisi/Marksist Leninist, TKP/ML). Beide Organisationen bekennen sich zum revolutionären Marxismus-Leninismus und fordern die Zerschlagung des türkischen Staatswesens. Mitglieder der MLKP sind im syrischen Bürgerkrieg im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat im Einsatz, mehrere MLKP-Mitglieder kamen dabei ums Leben.

## 5.4 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Weitere Bezeichnungen	Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) / Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) / Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK) / Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK)
Sitz / Verbreitung	Nord-Irak, Türkei, Syrien
Gründung / Bestehen seit	1978 in der Türkei
Leitung	Abdullah Öcalan

Mitglieder / Anhänger	Bund: 14.500 ⇨	Niedersachsen: 1.600 ⇨
Publikationen	Yeni Özgür Politika (Neue Freiheit Politik) (werktätlich) Serxwebun (Unabhängigkeit) (monatlich) Sterka Ciwan (Stern der Jugend) vormalis Ciwanên Azad (Freie Jugend) (monatlich)	
Sender	u. a. Med Nûçe TV	
Kurzportrait / Ziele  	<p>Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurde 1978 von Abdullah Öcalan in der Türkei gegründet.</p> <p>Ursprünglich durch marxistisch-leninistische Programmatik geprägt, vertritt die PKK heute eine kurdisch-nationalistische Ideologie. Sie propagiert die Etablierung einer nichtstaatlichen und länderübergreifenden, demokratischen Selbstverwaltung der Kurden unter Beachtung existierender Grenzen auf türkischem, teilweise auch auf iranischem, irakischem, syrischem und armenischem Gebiet. Das Ausrufen der „Demokratischen Autonomie“ in den drei syrisch-kurdischen Kantonen Afrin, Cizre und Kobane im Jahr 2014 unter Federführung ihrer syrischen Schwesterorganisation Partei der Demokratischen Union (PYD) war für die PKK ein eminent wichtiger Schritt auf dem Weg zu dem von ihr angestrebten, nationale Grenzen überschreitenden „Kurdistan“.</p> <p>Die PKK kämpft in der Türkei seit dem Jahr 1984 mit ihrem militärischen Arm, den Volksverteidigungseinheiten (HPG). Zunächst richtete sich der bewaffnete Kampf dieser PKK-Guerilla gegen türkische Gendarmerie- und Militäreinheiten.</p> <p>In den Folgejahren bekämpfte die PKK aber auch Teile der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und u. a. auch in Deutschland, wenn diese sich ihrer Programmatik und ihrem Alleinvertretungsanspruch widersetzen.</p> <p>Seit Verkündung des „Friedenskurses“ im Jahr 1999 vollzog die PKK zahlreiche Umstrukturierungen. Auf unterschiedliche Weise wollte sie damit ihre politische Neuausrichtung nach außen dokumentieren und sich vom Makel einer Terrororganisation befreien. Entsprechend benannte sie sich im Jahr 2002 in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) und im Jahr 2003 in Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) um. Ab dem Jahr</p>	

Logo der PKK in Europa; in Deutschland verboten

2005 trat die PKK unter der Bezeichnung Gemeinschaften der Kommunen in Kurdistan (KKK) und seit dem Jahr 2007 unter Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK) auf. Die neuen Namen finden zwar Verwendung, sind in der Anhängerschaft aber eher wenig populär.

Trotz der zahlreichen Umbenennungen der PKK gilt Abdullah Öcalan als wichtigste Führungsperson der Organisation. Am 15.02.1999 wurde Öcalan in Nairobi (Kenia) verhaftet und anschließend in der Türkei wegen Hochverrats zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Aus dem Gefängnis heraus beeinflusst er die PKK immer noch maßgeblich aufgrund des um ihn betriebenen unangefochtenen Personenkults.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) erließ mit Verfügung vom 22.11.1993 ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot für die PKK einschließlich deren Teilorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes. Das Verbot ist bestandskräftig. Das Betätigungsverbot umfasst auch die Organisationen KADEK, KONGRA GEL, KKK und KCK. Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 02.05.2002 wurde die PKK in die Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) aufgenommen.

---

### Finanzierung

Die Beschaffung von Geld ist nach wie vor eine der Hauptaktivitäten der PKK in Deutschland. Der Propagandaapparat, wie z. B. die Fernsehsender oder die Publikationen, muss ebenso finanziert werden wie die politischen Kampagnen, die Unterorganisationen und die Guerilla-Armee. Hierzu dient vor allem die jährlich stattfindende Spendenkampagne. Überdies werden Einkünfte auch durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Zeitschriften und den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten zu Großveranstaltungen erzielt. Im Jahr 2018 lag der Ertrag allein in Deutschland – wie in den letzten Jahren – bei mehreren Millionen Euro. Die Spendenbereitschaft der mit der PKK sympathisierenden kurdischen Bevölkerung in Deutschland ist auch in diesem Jahr aufgrund der aktuellen Situation in der Türkei, in Syrien und im Nordirak noch einmal gewachsen.

---

### Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In der Türkei verfolgt die PKK ihre Ziele seit 1984 bis heute mit Waffengewalt. Dies zeigen die bis in das Jahr 2018 andauernden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK-Guerilla sowie terroristische Anschläge in der Türkei. Auch Deutschland war Anfang der 1990er Jahre zum Schauplatz erheblicher Gewalttaten der PKK geworden. Überfälle und Brandanschläge auf türkische diplomatische Vertretungen, türkische Banken und Reisebüros sowie Geschäfte, Gaststätten und Vereinslokale erfolgten häufig und zum Teil sogar bundesweit im Rahmen konzertierter Aktionen.

Propaganda, Rekrutierungen und Finanzierung über Spendeneintreibung sind hierfür entscheidende Vorbereitungshandlungen, die in ganz Europa und damit auch in Deutschland kontinuierlich bis heute vorangetrieben werden. Als Reaktion auf die Gewalttaten in den 1990er Jahren erfolgte 1993 das Betätigungsverbot in Deutschland.

Mittlerweile setzt die PKK im Rahmen einer Doppelstrategie zwar weiterhin in der Türkei auf Waffengewalt, Deutschland jedoch dient überwiegend als Rückzugsraum. Hier werden Geldmittel gesammelt, für die Partearbeit und die Guerilla rekrutiert sowie Propaganda betrieben. Trotz allem zeigt sich die Organisation nach wie vor grundsätzlich bereit, militante Aktionen ihrer Anhänger in Deutschland zumindest zu billigen. Zu nennen sind hier z. B. Auseinandersetzungen mit nationalistischen türkischen Gruppen oder Propagandaaktionen, die aufgrund großer Emotionalisierung in Widerstandshandlungen gegen die Polizei ausufern. Damit gefährdet die Organisation weiterhin die innere Sicherheit und auch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland und erfüllt damit die Voraussetzungen für ihre Beobachtung (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 NVerfSchG).

### Organisatorische Strukturen

#### Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa (Kongreya Civakên Demokratîk ên Kurdistanyên li Ewropa)

Der Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa (KCDK-E) bildet die PKK-Europaführung, in die auch die Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa



(Civata Demokratik Kurdistan, CDK) als politischer Arm der PKK integriert ist. Die CDK unterliegt in Deutschland ebenfalls dem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.

Die Organisation unterhält ein verzweigtes Netz verdeckt handelnder Funktionäre, die Anordnungen und Vorgaben der Organisationsspitze an die nachgeordneten Hierarchieebenen zur Umsetzung weitergeben. An der Spitze dieser hierarchischen Strukturen stehen Funktionäre, die in der Regel von der Europaleitung der Organisation für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden.

### Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschlands

Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedient sich die Organisation überwiegend der örtlichen Vereine in Deutschland. Diese dienen den PKK-Anhängern als Treffpunkte und Anlaufstellen. Deutschlandweit gehören circa 45 kurdische Ortsvereine dem der PKK nahestehende Demokratischen Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V. (Navenda Civaka Demokratîk a Kurdên le Almanyay, NAV-DEM e. V.) aus Düsseldorf an. NAV-DEM e. V. als deutscher Dachverband ist eingebettet in die in Belgien ansässige europäische Dachorganisation KCDK-E.

NAV-DEM e. V. initiiert regelmäßig über seine Ortsvereine öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich jeweils auf aktuelle Geschehnisse oder bestimmte Jahrestage, etwa den Gründungstag der PKK, beziehen.

NAV-DEM e. V. ist nicht vom PKK-Betätigungsverbot betroffen.

In Niedersachsen existieren NAV-DEM-Vereine z. B. in Aurich, Hannover, Hildesheim, Lohne, Osnabrück, Peine, Salzgitter, Stade und Wolfsburg.

NAV-DEM e. V. organisierte mit Hilfe der Ortsvereine auch 2018 zahlreiche Veranstaltungen (z. B. Newroz Feierlichkeiten in Hannover, s. u.).



### Jugendorganisation

Die PKK-Jugendorganisation Ciwanên Azad (CA) wurde auf einer europaweiten Jugendversammlung im April 2013 in Troisdorf (NRW) als europäischer Dachverband der PKK-Jugend gegründet. Der Dachverband soll als legaler Verband fungieren und steht dabei neben der viel älteren Jugendorganisation Komalên Ciwan (KC). Beide Organisationen umfassen denselben Personenkreis. Der CA sollen ausschließlich positive Schlagzeilen zugeschrieben werden, KC tritt in Aktion, wenn Negatives öffentlich wird.

Der CA ist das Mazlum-Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival zuzurechnen, das in diesem Jahr am 14.07.2018 unter dem Motto „Erhebt euch gegen den Faschismus und befreit den Führer!“ in Den Haag (Niederlande) stattfand. Die Propagandaveranstaltung erinnert an den gleichnamigen Funktionär der PKK, der sich 1982 in türkischer Haft das Leben nahm und seitdem als Märtyrer verehrt wird. Zur alljährlichen Veranstaltung gehören neben sportlichen Wettkämpfen und einem kulturellen Rahmenprogramm auch politische Redebeiträge. Die Ausrichtung sportlicher Wettkämpfe hat in der PKK Tradition. Mit derartigen Veranstaltungen versucht die PKK in erster Linie, ihre jugendlichen Anhänger stärker an sich zu binden und weitere Jugendliche für die Organisation zu interessieren. Aus Niedersachsen reisten Teilnehmer mit Reisebussen zur Veranstaltung nach Den Haag. Insgesamt hat sich die Teilnehmerzahl im oberen dreistelligen Bereich bewegt.

In der Woche vor dem 26. Internationalen Kurdischen Kulturfestival sollte der traditionelle „Lange Marsch“ der PKK-Jugend am 02.09.2018 in Dortmund beginnen und über die Stationen in Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Duisburg und Düsseldorf in Dinslaken enden. Bereits nach wenigen Stunden kam es jedoch zu Ausschreitungen, in deren Folge die Veranstaltung von der Polizei aufgelöst wurde. Auch für alle angemeldeten weiteren Aktionstage erging eine Auflösungsverfügung.

Als Reaktion darauf fanden an den aufgeführten Stationen mehrere Ersatzveranstaltungen bzw. Spontankundgebungen statt. Die staatlichen Handlungen wurden als Teil internationaler Repression gegen das kurdische Volk kritisiert, Zuwiderhandlungen gegen entsprechende Verbote als Teil des kurdischen Freiheitskampfes beschrieben.

Am 21.10.2018 wurde ein neuer europaweiter Dachverband jugendlicher PKK-Anhänger namens *Tevgera Ciwanên Şoreşger* (Bewegung der revolutionären Jugend, TCŞ) gegründet. An dem zentralen Gründungskongress in Bergisch Gladbach (Nordrhein-Westfalen) unter dem Motto „Organisiere und befreie dich mit der Philosophie des Volksführers Öcalan“ beteiligten sich laut Angaben der PKK-nahen Tageszeitung *Yeni Özgür Politika* etwa 600 Jugendliche.<sup>130</sup>



In den Folgetagen gab es mehrere öffentlichkeitswirksame Aktionen, die durch die neugegründete Jugendorganisation initiiert beziehungsweise unter Nennung ihres Namens durchgeführt wurden, u.a. am 23.10.2018 in Berlin und Köln gegen die Isolationshaft Abdullah Öcalans.

Ob die neugegründete TCŞ den bisherigen europäischen Dachverband der PKK-Jugend CA ablöst oder parallel bestehen bleibt, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden.

### Sonstige Massenorganisationen

Weitere PKK-nahe Massenorganisationen verfolgen das Ziel, den Einfluss der PKK in möglichst allen Segmenten der kurdisch stämmigen Gemeinschaft zu verankern. Nicht zuletzt richtet sich das Augenmerk auf Gruppen, die als gesellschaftliche Multiplikatoren wirken bzw. in Zukunft wirken könnten. Entsprechend fungieren die Union der kurdischen Lehrer (YMK), der Verband der Studierenden aus Kurdistan e. V. (YXK), die Union der Journalisten Kurdistans (YRK) sowie die Union der Juristen Kurdistans (YHK). In diesem Zusammenhang ist auch die Etablierung der Islamischen Gemeinde Kurdistans (CIK) als Versuch der Einflussnahme auf kurdischstämmige Muslime zu werten. Diese Organisationen sind auch in Niedersachsen aktiv.

### Reaktionen auf die Militäroperation der Türkei in der Region Afrin (Syrien)

Die am 20.01.2018 begonnene türkische Militäroffensive „Operation Olivenzweig“ in der syrischen Region Afrin (kurdisch: Efrîn) führte zu einem erheblichen Emotionalisierungseffekt insbesondere bei Anhängern der PKK, zumal Staatspräsident Erdoğan die Offensive

<sup>130</sup> Vgl. „Die kurdischen Jugendlichen riefen die Gründung der ‚Tevgera Ciwanên Şoreşger‘ aus“, in: *YÖP* vom 23.10.2018, S. 1 und 7.

mit scharfen Worten ankündigte und die völlige Zerstörung der kurdischen Stellungen als klares Ziel seiner militärischen Intervention ankündigte.

Bei Afrin handelt es sich um einen von drei Kantonen im nordsyrischen Kurdengebiet, die von der PKK-Schwesterorganisation PYD und deren Miliz YPG im Wesentlichen dominiert wird. Afrin war ein symbolträchtiges Aushängeschild für die von der PKK angestrebte kurdische Autonomie in Nordsyrien.

Bereits kurz nach den ersten Ankündigungen einer militärischen Intervention der Türkei in Afrin riefen NAV-DEM e. V. und KCDK-E zu Protesten auf. Daraufhin begannen PKK-Anhänger am Wochenende 20./21.01.2018 eine Protestreihe. Deutschlandweit fanden nahezu täglich, weitestgehend friedlich verlaufene Kundgebungen statt. Im gesamten Bundesgebiet wurden über 1.300, in Niedersachsen annähernd 170 Veranstaltungen mit bis zu 1.500 Teilnehmende – auch von Personen oder Organisationen ohne Bezüge zur PKK – durchgeführt. Eine Vielzahl der Versammlungen wurde im Vorfeld nicht angezeigt, sondern vielmehr als „Spontanversammlung“ durchgeführt.

Neben Protestveranstaltungen gab es in Deutschland auch eine Reihe von Sachbeschädigungen, Farb- und Brandanschläge, die mit dem Konflikt in Verbindung gebracht werden konnten. Typische Anschlagziele waren türkische Kulturvereine, Läden oder Cafés, Einrichtungen der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)<sup>131</sup>, türkische Moscheen sowie Gebäude der Parteien SPD und CDU, die als Regierungsparteien mit Rüstungsgeschäften mit der Türkei in Verbindung gebracht wurden. Die Anschläge wurden zum Teil der PKK zugerechnet und wiesen zudem Bezüge zum deutschen Linksextremismus auf.

Einen Tag vor einer für den 09.02.2018 in Stadthagen angekündigten Demonstration gegen die Angriffe der türkischen Armee in Afrin erhielt die Redaktion der örtlichen Schaumburger Nachrichten



<sup>131</sup> Die DITIB arbeitet eng mit dem türkischen Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyaret) zusammen. Diyanet ist als höchste islamische Autorität offiziell dem türkischen Ministerpräsidentenamt angegliedert und wird von der PKK als direkte Vertreterin des AKP-Regimes in Deutschland gesehen.

eine Droh-E-Mail. In der E-Mail wurde angekündigt, dass „viele unschuldige Menschen dran glauben müssen“, sollte die Kundgebung stattfinden. Bei der dann durchgeführten Demonstration mit 350 Teilnehmenden standen diesen bei einer spontanen Gegendemonstration rund 60 Erdoğan-Befürworter gegenüber. Die Stimmung war in beiden Lagern aufgeheizt. Dass es keine Auseinandersetzungen gab, lag an einem Großaufgebot der Polizei.

Am 11.03.2018 versammelten sich bis zu 600 Personen im Rahmen einer Spontandemonstration auf dem Bahnhofsvorplatz in Oldenburg, um wie schon am Abend zuvor gegen den Krieg in Afrin zu demonstrieren. In mitten der Menschenmenge übergoss sich eine Person augenscheinlich mit Benzin aus einer PET-Fasche und wollte sich anschließend mit einem Feuerzeug selbst entzünden. Dies konnte durch Demonstrationsteilnehmende verhindert werden. Bei der Person handelte es sich um einen jungen Mann, der eigenen Angaben zufolge mehrere Familienangehörige im Rahmen der türkischen Offensive auf Afrin verloren habe.

In der Nacht zum 13.03.2018 zündeten mehrere Täter Brandsätze an zwei Geschäften türkischer Betreiber in Garbsen. Die Geschäfte wurden jedoch nur von außen beschädigt.

Am 12.12.2018 begann der Prozess gegen vier tatverdächtige junge Männer (drei Syrer und ein Iraker) vor dem Landgericht Hannover.

### Newroz Feierlichkeiten in Hannover

Mit dem kurdischen Neujahrsfest Newroz wird neben dem Beginn eines neuen Jahres der Frühlingsanfang gefeiert. Newroz wird auch als Fest des Widerstandes gegen Tyrannei und als Symbol für den kurdischen Freiheitskampf verstanden. Die PKK instrumentalisiert das traditionelle Fest, das sich in die von ihr propagierten Themen „Widerstand“ und „Befreiungskampf“ einfügt, um auf ihre politischen Anliegen aufmerksam zu machen und ein breites Spektrum kurdischer Volkszugehöriger anzusprechen.



Anlässlich des Newroz-Festes plante NAV-DEM e. V. eine zentrale Großkundgebung am 17.03.2018 in Hannover. Nachdem die Versammlungsbehörde ein Verbot dieser Veranstaltung mit der Begründung, es handele sich um eine PKK-gesteuerte Kundgebung, angekündigt hatte, wurde die Veranstaltung abgesagt. Daraufhin meldeten mehrere Personen, u. a. ein Bundestagsabgeordneter, eine weitere Veranstaltung an, welche ebenfalls durch die Versammlungsbehörde verboten wurde. Als Begründung führte sie an, dass die angemeldete Versammlung als Ersatzveranstaltung für die ursprünglich von NAV-DEM e. V. geplante Großkundgebung anzusehen sei und somit eine direkte Unterstützung der PKK darstelle.



Dieser Bewertung folgte das Verwaltungsgericht Hannover in dem von den Veranstaltern angestrebten Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes nicht. Das Gericht bewertete das Verbot der geplanten Veranstaltung als voraussichtlich rechtswidrig. Letztlich nahmen etwa 11.000 Personen, darunter eine Vielzahl von Anhängern der PKK an der Versammlung unter dem Doppelmotto „Newroz heißt Widerstand – der Widerstand heißt Afrin / Biji Newroz – Biji Afrin“ teil. Bis auf wenige Ausnahmen (Zeigen verbotener Symbole oder Skandieren verbotener Parolen der PKK) verlief die Veranstaltung ohne größere Zwischenfälle.

Mit 11.000 Teilnehmenden wurde die Teilnehmerzahl der zentralen Veranstaltung des Vorjahres in Frankfurt a. M., die bei 30.000 Personen lag, weit unterschritten. Dies verwundert angesichts der hohen Emotionalisierung der PKK-Anhängerschaft anlässlich des mi-

litärischen Vorgehens der Türkei in Afrin. Ursachen hierfür könnten die schlechten Wetterbedingungen sowie die Verbotsbemühungen der Versammlungsbehörde im Vorfeld sein, die potenzielle Veranstaltungsteilnehmer von einem Besuch abhielten.

#### Durchsuchung der Räumlichkeiten des NAV-DEM Hannover e. V.

Am 05.04.2018 wurde der Verein NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Hannover e. V. aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Lüneburg von der Polizei Hannover durchsucht. Es bestand der Verdacht, dass die Räumlichkeiten des Vereins zur Lagerung von PKK-Propagandamaterial dienen. Außerdem sollten dort Materialien oder Aufzeichnungen gelagert worden sein, die zur Vorbereitung, Organisation und Durchführung von PKK-Märtyrergedenkveranstaltungen dienen.

Die Auswertung der Asservate dauert derzeit noch an.

Bereits während der Durchsuchung wurde auf einer PKK-nahen Facebook-Seite ein Aufruf zur Unterstützung am Vereinsheim festgestellt. Zum Ende des Einsatzes haben sich circa 65 Personen vor dem Vereinsgebäude aufgehalten, die verbal ihren Unmut gegenüber den eingesetzten Polizeikräften äußerten.

Als weitere Reaktion auf die Durchsuchung demonstrierten noch am selben Abend etwa 200 Personen gegen die polizeiliche Maßnahme.

#### Strafverfahren gegen Funktionär der PKK

Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Celle (Az.: 5 OJs 1/17) verurteilte am 23.03.2018 einen 43-jährigen Angeklagten türkischer Staatsangehörigkeit mit kurdischer Volkszugehörigkeit wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland gemäß § 129 b Strafgesetzbuch zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten.

Der Senat sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte zumindest in der Zeit von August 2014 bis Oktober 2016 Mitglied der PKK gewesen war und sich in einer herausgehobenen Stellung – als Leiter des PKK-Raumes Lohne und zeitweilig als Co-Vorsitzender des PKK-Gebietes Oldenburg – in Kenntnis der Ziele der PKK, ihrer Programmatik und Methoden an diesen beteiligt hat.

### Bewertung / Tendenzen / Ausblick

Die Tätigkeit der PKK in Europa ist weiterhin auf die logistische, finanzielle und propagandistische Unterstützung des Kampfes in der Heimat (Türkei, Syrien und Nordirak) ausgerichtet. Die Beschaffung finanzieller Mittel für die Ausrüstung und Bewaffnung des militärischen Arms, für die Unterhaltung des Parteiapparates und seiner medialen Plattformen sowie die Parteiativitäten bildet daher in Europa und insbesondere in Deutschland auf allen Organisationsebenen einen Schwerpunkt.

Die Lage der Kurden in der Türkei, den kurdischen Gebieten im Irak und in Syrien sowie die unklare Situation des inhaftierten Öcalan aufgrund einer Kontaktsperre<sup>132</sup> haben seit langem Einfluss auf die Sicherheitslage in Deutschland. Die hoch emotionalen Protestaktionen zeigen, wie unmittelbar der Konflikt in den dortigen Regionen von den Kurden auch in Deutschland wahrgenommen und bewertet wird. Das künftige Verhalten der PKK-Anhänger hängt daher ganz wesentlich von der weiteren Entwicklung ab.

Nach der Protestwelle zu Beginn des Jahres 2018 im Zusammenhang mit der „Operation Olivenzweig“ mit einer Vielzahl von Teilnehmenden, waren die Teilnehmerzahlen insbesondere bei klassischen PKK-Großveranstaltungen wie z.B. dem alljährlichen Kurdistanfestival oder der zentralen Newroz-Feier in Hannover extrem rückläufig. Aktuelle Thematiken, wie die Politik des türkischen Präsidenten Erdoğan scheinen insbesondere junge PKK-Anhänger derzeit eher zu mobilisieren, als die an sich sehr beliebten und für die PKK in ihrem Jahreskalender eminent wichtigen Großveranstaltungen.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen – erneute Luftangriffe der türkischen Luftstreitkräfte Mitte Dezember 2018 gegen Stellungen der PKK im Irak mit mehreren Toten und Verletzten bei gleichzeitiger Ankündigung des türkischen Staatspräsidenten auch weiterhin gegen die PKK in den Nachbarländern Irak und Syrien militärisch vorzugehen – ist auch zukünftig mit einem hohen Aktionsaufkommen von Seiten der PKK zu rechnen.

<sup>132</sup> Zuletzt durfte Mehmet Öcalan seinen Bruder am 11.09.2016 auf der Gefängnisinsel Imrali besuchen, mit seinen Rechtsanwälten konnte Öcalan zuletzt am 27.07.2011 sprechen.

In Abhängigkeit von der Situation im Heimatland steigt sowohl das Risiko gewalttätiger Auseinandersetzungen mit nationalistischen/ rechtsextremistischen Türken – insbesondere nach wechselseitigen Provokationen – als auch das Risiko gewalttätiger Angriffe von PKK-Anhängern – insbesondere emotionalisierter jugendlicher PKK-Anhänger – auf türkische Einrichtungen.

Die angeführten Entwicklungen bedürfen insbesondere hinsichtlich einer möglichen weitergehenden Tendenz zur Anwendung von Gewalt als Mittel zu politischen Auseinandersetzungen auch weiterhin der intensiven nachrichtendienstlichen Beobachtung.